

UDK 341.31(436:497.11)"1914"

UNGARN UND DAS ATTENTAT AM „VIDOVDAN“
IM JUNI 1914
Die ungarische Opposition im Reichsrat und die Schüsse
in Bosniens Hauptstadtaupt

Horst Haselsteiner
(Payerbach/Wien)

Abstract: Die Arbeit analysiert die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges im Königreich Ungarn mit besonderer Berücksichtigung zu den oppositionellen Politiker des damaligen ungarischen Ministerpräsident Stephan Tisza. Zunächst richtet sich der Blick auf die Vorkriegszeit und die innenpolitische Situation in der Habsburgermonarchie, danach wird untersucht wie der Weltkrieg entstanden ist und durch wessen Schuld. Das Augenmerk dieses Aufsatzes wird auf die Haltung der ungarischen Opposition und des Grafen Tisza während der turbulenten Zeit des Ersten Weltkrieges gerichtet.

Im vorigen Jahrhundert, in den siebziger Jahren, habe ich in Beograd/Belgrad im Gebäude der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste in der Knez Mihajlova einen meiner Vorträge gehalten. Im Anschluss daran hat sich damals eine äußerst lebhafte Diskussion mit zahlreichen Wortmeldungen entwickelt. Der Beitrag stand unter dem Titel: „Ungarn und das Attentat von Sarajevo. Die Stellungnahme der Abgeordneten des ungarischen Reichstages im Juli 1914“. Zwei Jahre später, im Jahre 1976, sind dann die Beiträge auch im Druck erschienen.¹

¹ Horst Haselsteiner, „Ungarn und das Attentat von Sarajevo. Die Stellungnahme der Abgeordneten des ungarischen Reichstages im Juli 1914.“ In: Međunarodni naučni skup *Velike sile i Srbija pred prvi svetski rat*, održan 13.-15. septembra 1974 (Srpska akademija nauka i umetnosti. Naučni skupovi. Knjiga IV. Odeljenje istorijskih nauka. Knjiga 1, Beograd 1976)

Es ging mir damals – und diese Frage hat an Aktualität bis heute einen erhöhten Stellenwert beibehalten und ist trotz des sogenannten „Deutschen Historikerstreits“ nach wie vor von einiger Relevanz geblieben – ob vielleicht die Opposition zum damaligen ungarischen Ministerpräsidenten Stephan/István Graf Tisza mit ihren Anfragen und Interpellationen doch Einiges zum radikalen und deutlichen Sinneswandel des ungarischen Ministerpräsidenten beigetragen hat. Denn noch in den ersten Julitagen bis immerhin zum gemeinsamen Ministerrat am 14. Juli 1914 hatte sich der ungarische Spitzenrepräsentant, hatte sich Stephan Tisza doch eindeutig gegen ein scharfes Ultimatum und damit gegen ein allzu energisches Vorgehen gegen den südlichen Nachbarstaat ausgesprochen. Daher war die Frage, was denn Tisza bewogen haben mag, einen derartigen Sinneswandel um 180 Grad vorzunehmen, damals - wie übrigens auch heute noch - in vollem Ausmaß berechtigt. Ob im Sinne einer möglichen, ja sogar äußerst wahrscheinlichen, Meinungsvielfalt im Sinne des „Motivenpluralismus“⁴⁴ dann doch die mehrfachen Anfragen und Interpellationen der Oppositionsparteien dazu beigetragen haben mögen, das ist hier wohl die spannende und durchaus offene Frage. Es geht aber auch um das Problemfeld, ob die Habsburgermonarchie, und damit auch implizit das Königreich Ungarn, nicht einen Teil der Schuld am Kriegsausbruch auf sich geladen hatte.

Die unterschiedlichen Gruppierungen der oppositionellen Politiker hatten einen doch differenziert anderen Standpunkt eingenommen als der damalige ungarische Ministerpräsident Stefan Tisza. Sie befanden sich in ihren unterschiedlichen Meinungsäußerungen tatsächlich zwischen Scylla und Charybdis.

Sie traten auf der einen Seite für ein doch deutlicheres Signal gegenüber der großserbischen Propaganda, gegen die gesamtserbische Idee und damit gegen die in ihren Augen auch als solche bezeichneten „Machenschaften“ des Königreiches Serbien auf. Als Fundamentalopposition kritisierten sie damit die Haltung der ungarischen Regierung. Sie wollten aber andererseits die loyale serbische Bevölkerung des Königreiches Ungarn – von der man annahm, dass sie in der Mehrheit loyal gegenüber dem multinationalen Königreich Ungarn eingestellt war - nicht von vorneherein vergrämen. Man wollte die Serben für den liberalen, verfassungskonformen, und für den multinationalen und multiethnischen Gesamtstaat Ungarn und damit für den großungarisch-eingestellten Standpunkt zu gewinnen versuchen. Wie man die-

597-616. – In der Zwischenzeit sind im Hinblick auf das traurige und tragische Jubiläum im Jahre 2014 gerade in den letzten Jahren weltweit zahlreiche Publikationen erschienen. Sie aufzuzählen, würde den Rahmen dieses Kurzbeitrages bei weitem sprengen. Daher wird auch von der Anführung grundlegender und weiterführender Literatur zum Ersten Weltkrieg von vorneherein verzichtet. Die p.t. Leserschaft wird dem Verfasser dieses Kurzbeitrages, dieser Miscelle, dafür dankbar sein.

sen akrobatischen „Spagat“ allerdings in die raue und nüchterne politische Wirklichkeit umsetzen sollte, bleibt, und blieb auch damals im Juli 1914, weitgehend unbeantwortet.

Aber ganz grundsätzlich gesprochen: Das ist ja das Vorrecht jeder Opposition, und dies wohl weltweit und global gesehen, gegen die jeweils im Amt befindliche aktuelle Regierung aufzutreten. Sie hat – beinahe selbstredend – das Vorrecht, dass sie Optativen und Wunschträumen nachhängen darf. Für die Umsetzung in die politische Wirklichkeit ist ja dann füglich die jeweilig verantwortliche Regierungsmehrheit zuständig. Und solche Wünsche und erhöhte und übertriebene Erwartungen wird man wohl als oppositionelle Gruppierung ja doch noch haben dürfen. Denn auch diese Spielvariante gehört offenkundig zu unserem „demokratischen System“ von Mehrheit und Minderheit, von Regierung und Opposition.

Allerdings bleibt eines präzise festzuhalten und wiederholt in Erinnerung zu rufen: Für die damit verbundene und äußerst komplexe „Kriegsschuld-Frage“ hatte dieses Phänomen aber doch einige (und daher bis zur Gegenwart nicht zu unterschätzende) Bedeutung aufzuweisen. Daher ist dieser Fragenkomplex bis zum heutigen Tag von einiger Relevanz geblieben. Die Kernfrage lautet daher: Trug die Doppelmonarchie, und damit: Trug auch das Königreich Ungarn, und wenn ja, in welchem Maße, Schuld bzw. Mit-Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges oder war dies nicht der Fall?

Damit soll versucht werden, mit der Fragebeantwortung des angesprochenen Problems einen – wenn auch kleinen und bescheidenen – Beitrag zur der seit der Publikation von Fritz Fischer so bezeichneten „Kriegsschuldfrage am Ersten Weltkrieg“ zu leisten. Denn der Hamburger Historiker Fritz Fischer (1908-1999) hatte mit seiner Publikation „*Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918*“ den als solchen bezeichneten (in der chronologischen Reihenfolge wohl ersten) sogenannten „Historikerstreit“ in Deutschlands ausgelöst.²

Die sich daraus ergebenden Debatten und die lebhaften Diskussionen gingen aber weit über die unmittelbaren Landesgrenzen Deutschlands hinaus. Sie gaben da-

² Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918* (Düsseldorf 1961). - Vgl. auch die anderen aus der Feder Fritz Fischers stammenden Publikationen wie u.a.: *Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im Ersten Weltkrieg* (Frankfurt am Main 1965); *Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus* (Düsseldorf 1977); *Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945* (Düsseldorf 1979); *Wir sind nicht hineingeschlittert* (Reinbek bei Hamburg 1983); *Hitler war kein Betriebsunfall. Aufsätze* (München 1992).

durch Anlass zu einer beinahe die ganze Welt erfassenden Polemik von pro und contra der Fischerschen Thesen und damit zur angerissenen Fragestellung.

Und dieser Konflikt zwischen den deutschen Geschichtswissenschaftlern hatte auch – durchaus weltumspannend - eine lebhaft publizistische Diskussion ausgelöst. Die „etablierte“ deutsche Historikerzunft fühlte sich durch die Veröffentlichung Fritz Fischers auf den Plan gerufen und im wahrsten Sinne des Wortes zu (teils recht heftigen) Reaktionen provoziert. Aber auch die Massenmedien, Zeitungen und Zeitschriften pro und contra den Hamburger Historiker beteiligten sich äußerst rege an der Debatte über die nicht allzu ferne Vergangenheit Deutschlands und die damit im Zusammenhang stehende Frage, wer denn nun tatsächlich am Ausbruch des Ersten Weltenbrandes in erster Linie verantwortlich zeichnete.

Federführend waren der „Spiegel“ auf der einen Seite, und die Frankfurter Allgemeine Zeitung auf der anderen. Es ging hier um die Frage, ob man eine fortlaufende Kontinuität vom wilhelminischen Deutschland bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahre 1933 herstellen konnte oder ob man dies nicht nachzuvollziehen bereit war.

Und es ging dabei auch um die Zusatzfrage, ob am Ausbruch des Ersten Weltkrieges das Deutsche Reich allein und exklusiv die Schuld hatte oder ob man doch mit einiger Berechtigung zumindest von „geteilter Schuld“ sprechen kann. Das erklärt wohl einigermaßen die weiten Kreise, die dieser scheinbare „Streit unter Fachhistorikern“, auch und in erster Linie global und weltweit, gezogen hatte.

Dabei muss man wohl – wie bei allen Beurteilungen des Vergangenen, des längst im Nebel der Geschichte Versunkenen - Sichtweise, Beurteilungskriterien und den persönlichen Lebenslauf der handelnden Personen in Rechnung stellen. Aber auch der Außenwirksamkeit wird man Einiges an Aufmerksamkeit zu schenken haben. Denn die sogenannte „Wechselseitigkeitsrelation“ gilt auch hier - ganz allgemein formuliert - als mit eines der wesentlichen Beurteilungskriterien. Dass dies kein einfaches Unterfangen ist und man daher an die Adepten der Clio hohe persönliche, ethische und moralische Anforderungen zu stellen hat, versteht sich auf Grund der Sachlage von selbst. Denn das oberste (und eigentlich das einzige) Kriterium, das man den Historikern füglich zutrauen darf, ist die Suche nach den wahren Hintergründen, oder einfacher ausgedrückt: nach der WAHRHEIT, wie es wohl gewesen sein mag. Es geht um die Frage, welche Kausalzusammenhänge haben bei der Rekonstruktion der Vergangenheit die handelnden Personen bewogen, so und nicht anders zu handeln. Bei den vorhandenen Alternativen und Möglichkeiten, sich auch anders zu entscheiden, sicher ein äußerst subtiles und nur mit aller Vorsicht und mit der erforderlichen Quellenkritik zu bewältigendes Unterfangen.

Um aber noch einmal auf den ersten deutschen Historikerstreit zurückzukommen: Es ging dabei um die Kernfrage, ob es ein Kontinuum, eine generelle Tendenz

in der deutschen Geschichte gegeben hat oder ob dies nicht der Fall war. Mit einem Wort: Es ging auch (und beinahe in erster Linie) um das Problem, ob eine unmittelbare und direkte Verbindung von der wilhelminischen Epoche (i.e.: Streben nach der „Weltgeltung“ als Großmacht) zur Phase der Grundhaltung des Nationalsozialismus herzustellen ist. Denn hier sah der Hamburger Historiker Fritz Fischer einigen Nachholbedarf bei seinen unmittelbaren Fachkollegen. Und damit war die Frage nach der (exklusiven und alleinigen) Schuld des Deutschen Reiches am Ausbruch des Ersten Weltkrieges wieder aufs Tapet gebracht worden.³ - Ein guter Teil der Sekundärliteratur, die in der Zwischenkriegszeit (vor allem in Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika sowie in den „Nachfolgestaaten“ erschienen ist), hat diesen - meiner Überzeugung nach - kaum haltbaren Standpunkt eingenommen. Denn die Dinge lagen zweifelsfrei viel differenzierter und gestalteten sich weit vielschichtiger. Von einer unreflektierten wie unkritischen Zuweisung der ausschließlichen Schuld der Mittelmächte kann daher nur schwer die Rede sein. Denn dazu sind die wahren Ursachen und Sachzusammenhänge viel zu komplex und zu verschlungen gewesen.

Aber kehren wir zu unserer eigentlichen Themenstellung und der daran anschließenden Ursprungsfrage zurück. Wenden wir uns der Habsburgermonarchie zu und zur innenpolitischen Entwicklung des Königreiches Ungarn. Wie sah es beim „Juniorpartner“ des wilhelminischen Deutschen Reiches aus und vor allem wie gestaltete sich die innere Entwicklung im Reich der Heiligen Stephanskrone, im Königreich Ungarn?

Dazu wird man wohl auf die innenpolitische Situation des multinationalen und multikonfessionellen Landes etwas näher eingehen müssen. Vor allem bewegt die Frage, wie denn dieses Ungarn auf Grund der Wahlen von 1910 und im Hinblick auf die innere Situation und die damit unmittelbar verbundene politische Wirklichkeit ausgesehen hat.

³ Zum als solchen bezeichneten ersten „Historikerstreit“ in Deutschland gibt es natürlich eine Fülle an Publikationen. Vgl. aus dieser Vielzahl vor allem und in erster Linie die Veröffentlichung von Fritz Fischers Schüler: Immanuel Geiss, „Die Fischer-Kontroverse. Ein kritischer Beitrag zum Verhältnis zwischen Historiographie und Politik in der Bundesrepublik“. In: Immanuel Geiss, *Studien über Geschichte über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges* (Göttingen 1984); des weiteren siehe: John Anthony Moses, *The Politics of Illusion. The Fischer Controversary in German Historiography* (London und Frankfurt am Main 1972) 108-192; Wolfgang Jäger, *Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914-1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges* (Göttingen 1984); Gregor Schöllgen (ed.), *Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland* (Darmstadt 1991); Christopher Clark, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* (München 2013)

Beim letzten Wahlgang zum Ungarischen Reichstag aus dem Jahre 1910 hatte Stephan Graf Tisza und seine Partei einen mehr als deutlichen Sieg davongetragen. Die von ihm geführte „Partei der Nationalen Arbeit“ erhielt beachtliche 256 Mandate und damit die klare, eindeutige und überwältigende Mehrheit.

Die von Ludwig/Lajos Kossuth Junior angeführte sogenannte „Unabhängigkeitspartei“ (auch 48-er Partei genannt) konnte auf 51 Abgeordnete verweisen. Die „Justh-Partei“, an deren Spitze der frühere ungarische Minister stand und die - ähnlich der Regierungspartei - gleichfalls eher liberal eingestellt war, erhielt immerhin 44 Mandate und wurde damit die drittstärkste im Abgeordnetenhaus vertretene Kraft. Die Volkspartei konnte auf bloß 13 Mandate verweisen. Auf alle anderen wahlwerbenden Gruppen entfielen nur wenige Abgeordnete. Sie spielten daher in der parlamentarischen Wirklichkeit kaum eine Rolle.⁴

Vor allem waren auf Grund der letzten Wahlen vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges kaum (bis nur in marginaler Weise) nichtmagyarische Nationalitätenvertreter im Abgeordnetenhaus mit einem Mandat ausgestattet worden. Was bei einem Nationalitätenvergleich für das gesamte Königreich Ungarn und seine Nebenländer (demnach auch auf Kroatien-Slawonien bezogen) doch einigermaßen und daher mehr als bezeichnend ins Auge sprang. Denn immerhin machten die „Nicht-Magyaren“ beinahe die Hälfte der Gesamtbevölkerung des multinationalen Gesamtkönigreiches aus!

Wenn man die Nationalitätenzusammensetzung des gesamten Königreiches (daher unter Einschluss Kroatien-Slawoniens) in Rechnung stellt, machten die „Nicht-magyaren“ annähernd die Hälfte aller Landeseinwohner (präzise 49,6%) aus. Wenn man hingegen berücksichtigt, in wie geringer Zahl die Nationalitätenabgeordnete Mandatare stellten, spricht dies Bände. So gering auch die Zahl der ungarländischen Nationalitäten im ungarischen Parlament gewesen war, so spricht dies für die Wirksamkeit der in mehreren Wellen anlaufenden „Magyarisierungspolitik“ der unterschiedlichen ungarischen Regierungen in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Wenn man im Königreich Ungarn etwas im öffentlichen Leben erreichen wollte, musste man daher ein „magyar ember“ (ein „Ungar“ bzw. ein waschechter „Magyare“) bzw. ein „úri ember“ (ein „Herr“) sein. Sonst lief in dieser Beziehung wenig bis gar nichts. Erst durch das Eingliedern in die loyale Schar der „Magyaren“ konnte man die Tür zu Prestige, Aufstieg und Karriere aufstoßen. Und davon machten vor allem der jüdische Teil der Bevölkerung und die nicht unerhebliche Zahl von „Deutsch-Ungarn“

⁴ Zum Wahlergebnis siehe vor allem das reich bebilderte und vorzüglich und detailreich gemachte Buch: Ferenc Glatz (ed.), *A Magyarok krónikája* (= *Chronik der Magyaren/Ungarn*) (Budapest 1995) 524.

Gebrauch. Am wenigsten dieser massenhaften Magyarisierungswelle ausgesetzt sah sich der (rumänische und serbische) orthodoxe Bevölkerungsteil des Königreiches. Dies geht recht eindrucksvoll aus den seit dem Ausgleich auf hohem Niveau und detailreich erschienenen „Volkszählungsoparata“ hervor. Denn die statistische Wissenschaft war in der Habsburgermonarchie auf beachtlich hohem internationalen Standard. Sie brauchte den internationalen Vergleich in keiner Weise zu scheuen.

Begünstigt durch das Wahlsystem, das große, klare und eindeutige Mehrheiten ermöglichte, hatte die Gruppierung mit Stephan Tisza an der Spitze jedenfalls das alles entscheidende Übergewicht aufzuweisen. Und der selbst- und standesbewusste, aus Ostungarn stammende Calviner und Aristokrat Graf Tisza wusste mit dieser Machtfülle auch umzugehen und regierte mit im wahrsten Sinne des Wortes „Eiserner Hand“ das ungarische Königreich.

Das erhöhte Stellenwert, Prestige und Wertigkeit des ungarischen Ministerpräsidenten beim Bündnispartner, beim Deutschen Kaiser Wilhelm dem Zweiten. Der Hohenzollernherrscher hielt sehr viel vom ungarischen Premier und brachte dies auch dem Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand in aller Schonungslosigkeit zu kund und zu wissen. Bei der allseits bekannten Antipathie, die der Thronfolger der Doppelmonarchie gegen den calvinischen ungarischen Grafen an den Tag gelegt hatte, war dies mit Gewissheit dem Vertrauensverhältnis, das den österreichischen Erzherzog und Thronfolger mit dem Deutschen Kaiser ansonsten verbunden hatte, eher abträglich. Daran konnte wahrscheinlich auch die beiden Persönlichkeiten gemeinsame Lust und Freude am Weidwerk nur marginal etwas ändern.

Graf Tisza selbst schöpfte mit seiner doch überdeutlichen Mehrheit sämtliche Möglichkeiten aus, die ihm die Geschäftsordnung des Hauses gerade noch einräumte. Er schreckte auch nicht davor zurück, von diesen sich bietenden Gelegenheiten des Öfteren Gebrauch zu machen. Es kam gar nicht so selten vor, dass Tisza nach Pultdeckelkonzerten, Zwischenrufen und Schreiduellen angeordnet hatte, den Sitzungssaal des Ungarischen Parlamentes mit Brachialgewalt zu räumen. Aus all diesen angeführten Gründen war er bei der Opposition alles andere als beliebt, ja man kann sogar behaupten: Er wurde zum bestgehassten Mann der parlamentarischen Minderheit und damit aller oppositionellen Gruppierungen.

Aber der ungarische Graf wusste diese „Unbeliebtheit“ mit Würde und einiger Dignität zu tragen. Jedenfalls zeigte er sich durch die Tumulte, die die oppositionellen Gruppierungen zu veranstalten versucht hatten, abgestützt durch die Mehrheit des Hauses recht wenig beeindruckt. Zumindest erweckte dies - dem äußeren Anschein nach - den bleibenden Eindruck für den Betrachter der innenpolitischen Landschaft Ungarns in diesen mehr als turbulenten Julitagen des Jahres 1914.

Aber wenden wir uns nun der alles entscheidenden Frage zu: Was waren denn die tieferen Beweggründe des ganz offenkundigen Sinneswandels des ungarischen Ministerpräsidenten in diesen wirren Tagen nach dem Attentat von Sarajevo? Bei der versuchten Fragebeantwortung wird man doch wohl von einem vielfältigen und mehrschichtigen Motivationsbündel ausgehen müssen. Eine simple und bloß monokausale Erklärung wird hier wohl nicht ausreichend sein.

Was hat in der Tat den ungarischen Ministerpräsidenten Stephan Graf Tisza bewogen, seine ursprünglich auf Pazifikation, Entspannung und Beruhigung der Lage abzielende Haltung zugunsten eines doch sehr weitgehenden Ultimatums an das Königreich Serbien so radikal zu ändern? In der Sommergewitterschwüle dieser Julitage blickte die Welt doch einigermaßen gespannt auf die ungarische Hauptstadt Budapest und auf die heftigen Debatten, die im Abgeordnetenhaus am Donauufer geführt wurden.

Wie wohl würde sich der ungarische Ministerpräsident Stephan Graf Tisza und mit ihm die ungarische Regierung entscheiden? Würden sie tatsächlich der Versuchung erliegen und für das scharfe Ultimatum an das im Süden benachbarte Königreich Serbien und damit für den befürchteten Waffengang stimmen? Die Spannung war greifbar und mehr als offenkundig.

Denn die Uhr tickte fatalerweise unaufhaltsam. Sie sollte dann schließlich zur ersten großen und blutigen Katastrophe des 20. Jahrhunderts, zum folgenschweren Ausbruch des Ersten Weltkrieges führen, mit Millionen von Opfern, auch unter der unbeteiligten Zivilbevölkerung.

Um aber bei den Sitzungen des Ungarischen Reichstages und bei Stephan Graf Tisza und seiner Regierung fortzufahren: Der entscheidende Meinungsschwenk beim ungarischen Regierungschef ist ohne jeden Zweifel am 14. Juli im Rahmen des gemeinsamen Ministerrates Österreich-Ungarns eingetreten. Denn bei dieser Sitzung hat sich der ungarische Ministerpräsident endgültig entschieden, der von ihm ursprünglich abgelehnten deutlich schärferen Tonart des an das Königreich Serbien zu richtenden Ultimatums seine (und damit die Zustimmung der ungarischen Regierung) zu erteilen.

Denn bisher hatte er ja als ungarischer Ministerpräsident ein energisches Vorgehen gegen Serbien nachhaltig und dezidiert abgelehnt. Unter den Motiven für diese strikte Weigerung wurden in der aktuellen Tagespresse der Monarchie und der im Nachhang erschienenen recht umfangreichen Sekundärliteratur zum Ersten Weltkrieg mehrere Beweggründe angeführt.

Die Palette reichte von der alten Sorge im Reich der Heiligen Stephanskronen vor der Involvierung des „russischen Bären“ im Nordosten und der militärischen Bedrohung durch die Zarenarmee mit ihren zur Verfügung stehenden Menschenmassen.

Ein Anklang an das endgültige Scheitern der ungarischen Revolution von 1848/49 und die Kapitulation der ungarischen Honvéd-Armee nach der militärischen Niederlage bei Világos (wo die ungarischen Truppen vor dem russischen Kavallerie-General Rüdiger die Waffen strecken mussten und zur Kapitulation gezwungen wurden) war unverkennbar.

Sodann wurde die Befürchtung ins Treffen geführt, mit zusätzlichen Territorialerwerben würde das ungarische Königreich das slawische Element innerhalb der Doppelmonarchie stärken und quasi im Gegenzug die dominante Stellung des Magyarentums bis zur Marginalisierung vermindern. Und von der beherrschenden Stellung der Magyaren im östlichen Teil der Doppelmonarchie und einer damit verbundenen allfälligen echten „Modernisierung“ im Sinne des Liberalismus und des Fortschrittes könne dann selbstverständlich nicht mehr die Rede sein.

Als zusätzliche Sorge des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza wurde angeführt, dass er persönlich, und die gesamte ungarische Regierung mit ihm gemeinsam, die Überzeugung vertreten hätte, die Doppelmonarchie wäre im militärischen Bereich auf den alles entscheidenden Waffengang nur unzureichend vorbereitet gewesen.

Das benachbarte Königreich Rumänien galt trotz des Geheimabkommens mit Österreich-Ungarn in magyarenischen Augen als äußerst „unsicherer Kantonist“. Das Verhältnis zum Ungarn benachbarten Königreich war durch die „Siebenbürgen-Frage“ und die dort beheimateten rumänischen Bevölkerungselemente zusätzlich schwer und nachhaltig belastet. Vor allem hatte man auf magyarischer Seite nicht unberechtigte Sorge vor dem expansiven Ausgreifen der rumänischen Irredenta.

Und als mögliche (aber noch nicht verwirklichte) Option stand in Südosteuropa bloß das Bulgarische Zarenreich zur eventuellen und allfälligen Disposition zur Verfügung. Aber in dieser Beziehung bremste der „Seniorpartner“. Denn das Deutsche Reich war gegen die Ausweitung des Bündnisses und zunächst gegen den Abschluss eines Vertrages mit den Bulgaren. Man hatte offenkundig auf deutscher Seite einiges gegen die problematischen Seiten des bulgarischen Herrschers, gegen den persönlichen Lebenswandel von Zar Ferdinand etwas einzuwenden. Diese Sachlage sollte sich dann allerdings nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges radikal ändern. Man buhlte - im wahrsten Sinne des Wortes auch auf Seiten der Entente Cordiale -, um den bulgarischen Herrscher. Man machte ihm Avancen und territoriale Zugeständnisse, um ihn und damit die Bulgaren auf die jeweilig eigene Seite zu ziehen ...

Von der dann tatsächlich eingetretenen ungünstigen Lage der Mittelmächte, einen Zweifrontenkrieg führen zu müssen und dadurch auch militärisch in die Hinterhand zu geraten, war zumindest in den aktuellen Presseberichten der Doppelmonarchie noch keine Rede. Man vertraute offenkundig auf die verfehlte Annahme, im

Herbst des Jahres 1914 würde man nach einem bloß regional begrenzten Waffengang wieder als „Sieger“ in die Heimat zurückzukehren. Und zusätzlich hätte man es dadurch zu Stande gebracht, das benachbarte und feindliche serbische Königreich mit seinen großserbischen und damit gegen den Bestand der Doppelmonarchie gerichteten Ambitionen entsprechend entscheidend gedemütigt zu haben. Der Prestigegewinn der Österreich-Ungarischen Doppelmonarchie wäre dann vor aller Welt eindeutig klar gelegt worden. Niemand mehr würde es wagen, die Großmachtstellung der Monarchie ernsthaft in Zweifel zu ziehen.

Aber noch gravierender fiel ins Gewicht, dass man auf Seiten der Regierung in Ungarn die heraufziehende „Gefahr des Panslawismus“ und die Brisanz der sogenannten „Südslawischen Frage“ bei weitem nachhaltig unterschätzt hatte. Allerdings waren diesem grundlegenden Fehler auch die oppositionellen Gruppierungen im ungarischen Abgeordnetenhaus aufgesessen. Sie alle haben gemeinsam, ob Regierung oder Opposition, die Nationalitätenfrage und damit die herbeigesehnte Gleichberechtigung aller ethnischen Minderheiten im multinationalen und multikonfessionellen Königreich Ungarn nicht als Bedrohung der Integrität der Habsburgermonarchie aufgefasst. Und diese Fehleinschätzung sollte dann, neben allen anderen Beweggründen – nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg – schließlich zum Zusammenbruch und zum Zerfall der Großmacht Österreich-Ungarn führen.

„La reste, c'est Autriche“, so sollte dann jenes Gebilde heißen, das die Siegermächte dann noch dem sogenannten „Österreichischen Reichsteil“ zugestanden haben. Aber auch das alte und historisch gewachsene Königreich Ungarn hatte als Kriegsverlierer noch ärgere Territorialverluste hinzunehmen: Dreiviertel seiner ehemaligen Grundfläche und rund zwei Drittel seiner Einwohner gingen nach dem Spruch der Siegermächte in Trianon an die sogenannten „Nachfolge-Staaten“. Und – was besonders schmerzlich empfunden wurde – zahlreiche Magyaren fanden sich in den neuen bzw. in den neugeschaffenen Nationalstaaten – und das als ethnische „Minderheiten“ - wieder. Ob man damit das Nationalitätenproblem in dieser Region nachhaltig lösen konnte, das blieb in dieser Region die durchaus offene und daher kaum zu lösende Frage. Zu sehr war dieses Karpathenbecken-Mitteuropa durch die ethnische „Buntheit“ unterschiedlicher Völker charakterisiert.

Denn mit einer schicksalhaft beinahe unaufhaltsamen Verwicklung der Dinge, mit der selbsttätigen Automatik der Bündnissysteme und einem fast lawinenartig zum Weltkrieg mutierenden Weltenbrand hatte man in diesen Julitagen des Jahres 1914 zumindest in der ungarischen Hauptstadt offenkundig in keiner Weise gerechnet. Aber mit dieser „fatalen und katastrophalen Fehleinschätzung“ blieb man beileibe weltweit keineswegs alleine. Auch alle anderen Staaten wurden vom tatsächlichen Ausbruch des Ersten Weltkrieges, von dem man keineswegs ahnte, dass er

so lange dauern würde, völlig überrascht. Die Annahme, es werde im Herbst mit den Kampfhandlungen vorbei sein, erwies sich als verhängnisvoller und blutig-trauriger Irrtum. Denn immerhin sollte der Krieg dann doch deutlich länger dauern, immerhin mehr als fünf Jahre!

Aber nun noch einmal zurück zur Kernfrage: Was hatte den unbeugsamen Willen zur Machtausübung von Stephan Graf Tisza, was hatte den entschiedenen Vertreter einer Beruhigungspolitik und Pazifikationshaltung dazu veranlasst, seine Position dem benachbarten Königreich Serbien gegenüber so nachhaltig und so radikal zu ändern?

Denn auf Grund des erfolgreichen Attentates auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger und seine Ehegattin, das man den großserbischen Umtrieben zugeschrieben hatte, war die Gegenreaktion der Habsburgermonarchie nach dem eigenen Selbstverständnis als Großmacht doch herausgefordert worden. Und dass der „starke Mann“ in Budapest ein mehr als gewichtiges Wort in dieser Angelegenheit mitzureden hatte, das war für alle Beteiligten unhinterfragt und daher selbstverständlich gewesen. Denn ohne die Zustimmung des Königreiches Ungarn konnte man nach dem komplexen dualistischen System der Doppelmonarchie nach außen hin nicht einheitlich und energisch gegen Serbien vorgehen. Daher brauchte man dringend die Akzeptanz, die vorbehaltlose Zustimmung für die scharfe Form des Ultimatums an das südlich von Ungarn liegende Königreich ganz dringend. Daher kam der radikale Meinungsschwenk des ungarischen Ministerpräsidenten doch einigermaßen überraschend. Diesen Sinneswandel hatte man offenkundig Stephan Graf Tisza nicht zugetraut.

Mit Fug und Recht wird wohl angenommen werden dürfen, dass der ungarische Graf von mehreren Beweggründen und einem ganzen Motivationsbündel zu seinem Sinneswandel veranlasst worden war. Seine wahren Intentionen dürften mit einiger Wahrscheinlichkeit recht breit gestreut gewesen sein. Sie nur andeutungsweise nachzuzeichnen, wird mit Gewissheit kein leichtes Unterfangen sein. Aber dennoch soll der Versuch gewagt werden, sich dieser verzweigten und verwickelten Fragestellung anzunähern.

Er wusste wohl, dass er persönlich bei der Symbolfigur der Habsburgermonarchie, dass er beim greisen Herrscher, beim Kaiser und König, bei Franz Joseph großes Ansehen und einiges an Reputation genossen hatte. Eines der Motive, das ihn persönlich mit einiger Sicherheit daher zum Einschwenken gebracht haben dürfte, war die zweifellos vorhandene Loyalität dem „Alten Herrn“ als gekrönter König von Ungarn gegenüber. Denn schon im Rahmen der gemeinsamen Ministerratssitzungen Anfang Juli hat er registrieren müssen, dass der gemeinsame Herrscher nun doch offenkundig entschlossen schien, energisch gegen das serbische Königreich vorzuge-

hen. Und der einstmals vom noch relativ jungen Franz Joseph 1867 geleistete Krönungseid auf die ungarische Verfassung und die vom Herrscher akzeptierte Heilige Stephanskrone als Symbol für diese Loyalität bedeuteten für den glühenden ungarischen, besser magyarischen, Patrioten Tisza sehr viel, wenn nicht alles. Mehr war es unter Garantie nicht, was er persönlich an Herrschertreue – noch dazu einem – horribile dictu - „Nichtmagyaren“ gegenüber - aufzubringen bereit war.

Auf Grund der unverbrüchlichen Bündnistreue, die der ungarische Ministerpräsident im Hinblick auf das Bündnis der Mittelmächte an den Tag gelegt hatte, wird es keineswegs überraschen, dass Graf Tisza am Zweibund eisern und konsequent festgehalten hatte. Dies schien der beste Garant für die erwünschte Suprematie der Magyaren im pannonischen Becken zu sein und würde dadurch die Stellung der Doppelmonarchie als anerkannte Großmacht nicht unerheblich stärken. Er war sich zwar als „ungarischer“/recte: „magyarischer Patriot“ über die Gefahr, die vom Zarenreich ausgegangen war, voll bewusst. Denn die Ereignisse aus dem Revolutionsjahr 1848/1849 und die Kapitulation vor der Zarenarmee waren noch in beinahe „frischer Erinnerung“ geblieben. Denn eine derartige Demütigung und eine solch umfassende Niederlage konnte man als in der Wolle gefärbter Magyare und als glühender „ungarländischer“ Patriot keinesfalls vergessen.

Er wusste allerdings auch von der sehr positiven Meinungsäußerung, die der deutsche Kaiser Wilhelm II. über ihn persönlich abgegeben hatte. Denn der Seniorpartner des Bündnisses der Mittelmächte hatte sich sehr lobend über den ungarischen Ministerpräsidenten geäußert und seine unverbrüchliche Charakterstärke hervorgehoben. Dieser Erwartungshaltung und diesem Lob gerecht zu werden, das wird wohl auch eines der Zielsetzungen des mehr als selbstbewussten ungarischen Grafen gewesen sein.

Tisza selbst war sich als „Vollblutpolitiker“ zweifellos voll bewusst, welchen Stellenwert die Öffentliche Meinung und die einschlägigen Presseorgane für die allgemeine Stimmung im Lande gehabt hatten. Als in der Öffentlichkeit stehender Mann und als Polit-Profi wird er sich wohl im Klaren gewesen sein, dass man gegen die Strömungen der Presse landesweit nur schwer ankämpfen konnte. Denn das wäre einem „Kampf gegen Windmühlen“ gleich gekommen. Und er hat in diesem Zusammenhang sicher auch an die demnächst anstehenden Wahlgänge gedacht und an die Tatsache, dass er mit seiner Partei ja die Mehrheit im Abgeordnetenhaus erringen wollte. Und all diese Beweggründe haben bei Tisza ohne jeden Zweifel eine Rolle gespielt. Denn auf die Stimmung im Lande und auf die Presseorgane hatte man als Politiker doch einigermaßen Rücksicht zu nehmen, wollte man die kommenden Wahlentscheidungen nicht ohne die dafür nötigen und erforderlichen Vorkehrungen hinnehmen und damit akzeptieren. Und welche politische Gruppierung verzichtet

schon „freiwillig“ und „gerne“ auf satte künftige Mehrheiten? Dies würde mit Sicherheit der eigenen politischen Klugheit, der Sachbezogenheit und schließlich der politischen Raison diametral widersprechen. Denn Machterhalt war und ist das Ziel jeder politischen und öffentlichkeitswirksamen Organisationsform, wie es nun einmal politische Parteien, von ihrem inneren Wesen her gesehen, nun einmal gewesen sind.

Neben diesen objektivierbaren Gründen hat es aber noch ein Überlegungsmuster gegeben, das bei Graf Tisza mit Sicherheit eine überragende Rolle gespielt hatte. Und dies war sein höchst persönliches Naheverhältnis zum obersten Souverän und dem potentiellen künftigen „Kriegsherrn“. Obgleich durch die unterschiedlichen Konfessionen getrennt, hatte Franz Joseph schon seit jeher eine hohe Wohlmeinung vom Calviner Stephan Graf Tisza an den Tag gelegt. Er schätzte die realpolitische Nüchternheit des ungarischen Ministerpräsidenten und seine kühle Distanziertheit vor den parlamentarischen Anfragen und Interpellationen, denen Tisza sich – notgedrungen, wie der gemeinsame Herrscher meinte – ausgesetzt sah.

Denn im Herzen war Franz Joseph von einem tiefen Misstrauen gegen alle demokratischen Strömungen und Tendenzen erfüllt. Er war überzeugt, dass es in seiner Verantwortung als Herrscher lag, die Länder im Sinne des „Gottesgnadentums“ ohne „pseudo-demokratische“ Allüren und Anwandlungen zielorientiert zu REGIEREN. Daher sein übergroßes Misstrauen gegen alle Tendenzen der „modernen“ Zeit, eventuelle demokratische Grundregeln bzw. eine Mitbeteiligung der „plebs misera“, des Volkes im umfassenden Sinne, zuzulassen und zu tolerieren. So sehr war er von dieser „heiligen Mission“ erfüllt, dass er selbst eine derartige Aufweichung des naturrechtlichen, ja des göttlichen Auftrags auf keinen Fall zulassen wollte. Denn das war ja – zumindest seiner tiefsten Überzeugung nach - Gottes Wille, dass er persönlich für das allgemeine Wohl oberster Verantwortungsträger sei. Schließlich trägt der Monarch für alle „Untertanen“ die Letztverantwortung. Und danach wird er auch beim Jüngsten Gericht einstmals gemessen werden. Und dieser Letztaufgabe wollte und konnte sich Franz Joseph auf keinen Fall entziehen.

Für die eigentlichen und tieferen Beweggründe Stephan Graf Tiszas, für die doch deutlich schärfere Form des Ultimatums einzutreten, waren die oben vorhin angeführten Motive in Summe sicher deutlich entscheidender und zwingender gewesen. Auf Grund seiner bisherigen Haltung den oppositionellen Abgeordneten gegenüber ist der Schluss durchaus zulässig, dass er davon wenig bis gar nicht beeindruckt worden ist. Denn mit der überwiegenden Mehrzahl der Reichstagsabgeordneten im Rücken und mit seiner mehr als satten Mehrheit ausgestattet, nahm der ungarische Ministerpräsident die Äußerungen der Oppositionsabgeordneten keineswegs ernst. Zu quantifizieren sind sie mit Gewissheit in keiner halbwegs verlässlichen und seri-

ösen Weise. Denn entsprechende und einschlägige Rückfragen an den ungarischen Ministerpräsidenten sind wegen des plötzlichen und unerwarteten Todes von Graf Tisza, der einem im Herbst 1918 erfolgreichen Revolverattentat – welche fatale Parallele zum Juni 1914! - zum Opfer gefallen war, klarer und einsichtiger Weise nicht mehr möglich. Der ehemalige ungarische Ministerpräsident (Jahrgang 1861) stand im erst 57. Lebensjahr, als er Opfer eines erfolgreichen Schussattentates wurde.

Denn Stephan Graf Tisza wurde am 31. Oktober 1918 in seiner Villa in Budapest von einer Schar von revoltierenden Militärpersonen erschossen. Sie überwältigten die fünf zur Bewachung des ehemaligen Ministerpräsidenten abgestellten Gendarmen, drangen in Tiszas Haus ein und erschossen ihn im Beisein seiner Gattin und seiner Nichte. Damit wurde Graf Tisza eines der wenigen Opfer der ansonsten unblutig verlaufenden Revolution im Herbst 1918, die nachträglich als „Asterrevolution“ (öszí rózsás forradalom) bezeichnet worden ist. Denn sie hatte im Herbst des schicksalsträchtigen Jahres 1918 stattgefunden, sozusagen am Totenbett der dem Untergang geweihten Doppelmonarchie Österreich-Ungarn.

Noch ein letztes und vielleicht und vermutlich ausschlaggebendes Argument, warum der damals zuständige ungarische Ministerpräsident Tisza von den Wortmeldungen der oppositionellen Abgeordneten wenig bis gar nicht beeindruckt war, sei zum Abschluss dieser Miszelle in Erinnerung gerufen. Bezug genommen wird auf die Abschlussdebatte im ungarischen Reichsrat am 24. Juli des Schicksalsjahres 1914. Die Entscheidung war mit Graf Tiszas Meinungsumschwung, zu datieren mit dem Gemeinsamen Ministertrat am 14. Juli, bereits längst gefallen. Und dies bedeutete mit hoher Wahrscheinlichkeit den Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen. Denn kaum jemand konnte damals im Juli des Jahres 1914 ahnen, das sich dies zum Weltkrieg auswachsen würde mit mehreren Millionen Toten.

Aber die „Automatik der Bündnissysteme“ des alten 19. Jahrhunderts funktionierte fatalerweise auch noch im Juli des Jahres 1914. Hinzuzufügen ist aber auch noch zusätzlich, dass dem Krieg, den man ganz allgemein als „lokale“ Auseinandersetzung einzustufen bereit war, nur eine kurze zeitliche Dauer zugeschrieben wurde. Denn – wie man fälschlicherweise meinte – im Herbst des gleichen Jahres würden die jeweils eigenen bewaffneten Truppenformationen triumphal als „Sieger“ heimkehren. Welch fataler und folgenschwerer Irrtum diese Annahme sein sollte, konnte man dann im Spätherbst des Jahres 1918 nach insgesamt fünf Kriegsjahren mit Wehmut und Schmerz (auch auf Seiten der siegreichen „Entente Cordiale“ hat es unzählige Menschenopfer gegeben) zerknirscht feststellen. Die Welt war nicht mehr so, wie sie noch 1914 gewesen war ... Vor allem bestanden die drei Kaiserreiche der unterlegenen Mittelmächte nicht mehr. Weder Österreich-Ungarn, noch das Deutsche Kaiserreich. Und das Osmanische Reich ist gleichfalls dem Zerfall und dem Untergang

zum Opfer gefallen. - Auch das zaristische Russland, ein Partner der Entente cordiale, war in den Stürmen der Februar- und der Oktoberrevolution untergegangen.

Im Abgeordnetenhaus des ungarischen Reichstages fasste der ungarische Ministerpräsident Stephan Graf Tisza am 24. Juli 1914, einem Freitag, das Ergebnis der Beratungen des Gemeinsamen Ministerrates noch einmal resümierend zusammen. Er verwies noch einmal auf die kritische und dilemmatische Situation der Doppelmonarchie als Großmacht, die etwas zählen sollte im Konzert der Mächte. Er wollte ganz energisch gegen die „großserbischen Umtriebe“ vorgehen. Die Gefahr eines neuen, eines südslawischen Staates, der vor allem die Daseinsberechtigung des Reiches der Stephanskronen bedroht hätte, die sah der Ministerpräsident voll Selbstbewusstsein (oder sollte man besser: „Selbstüberschätzung“ sagen?) noch nicht als gegeben an.

Aus einem Gefühl der Stärke und der Überlegenheit einer Großmacht formulierte er vor dem Parlament seine Positionen. Er betonte zunächst, und das in erster Linie, den irenischen Friedenswillen Österreich-Ungarns:

„Die Monarchie sucht den Frieden, wünscht den Frieden, hat sich bemüht, den Frieden zu erhalten ... Dass wir den Krieg suchen, dessen kann uns niemand beschuldigen. Aber selbstverständlich sind wir uns über alle Konsequenzen dieses Schrittes im Klaren. Und in der Überzeugung, eine wahre Sache zu vertreten, in der Überzeugung, das Lebensinteresse der Monarchie und der ungarischen Nation würden diesen Schritt erfordern, werden wir alle Folgen zu tragen wissen.“⁵ (Fetthervorhebungen stammen vom Autor dieser Miszelle).

Die folgenden fünf Kriegsjahre sollten dann allerdings auf tragische und blutige Weise das Gegenteil dieser allzu optimistischen Prophetie, Vorschau und Prognose unter Beweis stellen.

⁵ Stellungnahme des ungarischen Ministerpräsidenten Stephan Graf Tisza zum Ultimatum an Serbien und zur Haltung der Doppelmonarchie auf der Sitzung des ungarischen Reichstages/ Abgeordnetenhaus, abgegeben am Freitag, den 24. Juli 1914. Die Rede von Tisza im ungarischen Original: „A monarchia békét keres, békét kíván, békét igyekezett fentartani ... Senki sem vádolhat bennünket azzal, hogy mi keressük a háborút. De természetesen tisztában vagyunk ennek a lépésnek összes következményeivel. S abban a meggyőződésben, hogy a monarchiának és a magyar nemzetnek létérdeke megköveteli ennek a lépésnek a megtételét, viselni fogjuk annak minden következményét.“ Az 1910. évi június hó 21-ére hirdetett országgyűlés képviselőházának naplója (= Protokoll des für den 21. Juni 1910 einberufenen Abgeordnetenhaus des Reichstages, Budapest 1915) 157.